



G7: Attac fordert Aufhebung von Demo- und Campverbot um Gipfelort

G7: Attac fordert Aufhebung von Demo- und Campverbot um Gipfelort
Skandalöser Versuch, demokratie- und protestfreie Zone zu schaffen
Mit scharfer Kritik hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac auf das Demo- und Campverbot rund um den G7-Gipfel-Ort Elmau reagiert und gefordert, die Verbote zurückzunehmen. "Die bayerischen Behörden und die Polizei versuchen, rund um den G7-Gipfel eine demokratie- und protestfreie Zone einzurichten. Das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wird auf skandalöse Weise ausgehebelt", stellte Tina Keller vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis fest. "Die G7-Teilnehmer sollen am Wochenende das Buch 'Bayern. Land im Herzen Europas' erhalten, in dem die Staatsregierung auf 248 Seiten die Vorzüge Bayerns preist. Ministerpräsident Horst Seehofer sollte ehrlicher Weise dazusagen, dass demokratische Selbstverständlichkeiten wie das Recht auf öffentlichen Protest nicht zu diesen Vorzügen gehören."
Wie am gestrigen Montag bekannt wurde, hat das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen den zentralen Demonstrationzug des geplanten Sternmarsches vor die Tore von Schloss Elmau weitgehend untersagt.
Genehmigt wurden nur eine Fahrraddemonstration sowie eine Demo auf zwei Fußwanderwegen. Die geplanten Protestzüge auf Straßen wurden verboten.
"Wo sich die Vertreter der sieben mächtigsten Industriestaaten treffen, um die Vormachtstellung ihrer Länder in der Welt zu sichern, muss auch der demokratische Widerstand gegen ihre menschenfeindliche Politik sichtbar werden können", sagte Thomas Eberhardt-Köster, ebenfalls Mitglied im Attac-Koordinierungskreis und für Attac im Trägerkreis des G7-Alternativgipfels. "Legitimer Protest darf nicht einfach mit fadenscheinigen Begründungen verboten oder massiv behindert werden."
Dass das Verwaltungsgericht München die Entscheidung über den Eilantrag gegen das Verbot des geplanten Camps vertagt hat, ist aus Sicht von Attac ein Zeichen für ein mangelndes Verständnis der zentralen Bedeutung, die das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit für eine Demokratie hat.
Die Gemeinde Garmisch-Partenkirchen hat das geplante Camp unter dem Vorwand der Hochwassergefahr verboten. Zuvor war der Bauer, der das Areal zur Verfügung stellt, von Politikern und anderen Landwirten massiv bedrängt worden, seine Zusage zurückzunehmen. Zuletzt versuchte die Stadt Garmisch-Partenkirchen versucht, selbst das Aufstellen von Toiletten für Demonstrationsteilnehmer zu verhindern. Thomas Eberhardt-Köster: "Das ist lächerlich und unwürdig. Wer so viel Angst vor Protest hat, diskreditiert sich und seine Politik selbst."
Für Rückfragen:
Tina Keller
Attac-Koordinierungskreis
Tel. 0173 731 2176
Thomas Eberhardt-Köster
Attac-Koordinierungskreis
Tel. 0152 0291 1257
Weitere Informationen: www.attac.de/g7


Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen ? wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.